

Vorausschauender Gestaltungswille statt blindem Spareifer

Das Dogma des ausgeglichenen Haushalts ist – ökonomisch wie politisch – gescheitert. Dass ein Herausparen aus der Krise nicht gelingen kann, musste auch Bundesfinanzminister Eichel schmerzlich erfahren. Jetzt gilt es, weitere Einschnitte in die öffentlichen Haushalte, die zu einem weiteren unmittelbaren Nachfrageausfall und damit zu sinkenden Gewinnen der Unternehmen und weiterem Arbeitsplatzabbau führen würden, um jeden Preis zu vermeiden. Im Gegenteil muss die gesamtstaatliche Finanzpolitik dringend auf Expansion umgeschaltet werden.

Unverzichtbar ist dann aber auch zum einen die Bereitschaft, die vermögenden Privathaushalte, bei denen ein großer Teil des Einkommens nicht in den Konsum sondern in die Ersparnisbildung fließt, deutlich stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, als das bisher der Fall ist. Ein mehr an Verteilungsgerechtigkeit ist kein Gebot der Moral sondern ein Gebot ökonomischer Vernunft.

Zum anderen wird aber auch kein Weg daran vorbei führen, in Zeiten der offensichtlich vorhandenen ökonomischen Schwäche zeitweise eine höhere Neuverschuldung in Kauf zu nehmen. Gerade der jungen Generation ist nicht damit geholfen, wenn die wirtschaftliche Lage keine Chance auf eigenes berufliches Fortkommen ermöglicht und Bildungseinrichtungen und andere Teil der gesellschaftlichen Infrastruktur verrotten, nur damit sich die Finanzminister als haushaltspolitische Musterschüler gerieren können.

Stabiles Wirtschaftswachstum fällt nicht vom Himmel, und das Hoffen auf weitere Impulse vom Außenhandel, die geeignet sein könnten, die schwache Binnenkonjunktur dauerhaft zu kompensieren, ist angesichts der gegenwärtigen Euro-Dollar-Relation und der Risiken am Ölmarkt schlichtweg naiv. Und auch wenn richtig ist, dass die mannigfaltigen Verflechtungen der Volkswirtschaften die Wirksamkeit nationalstaatlicher Globalsteuerung natürlich abschwächen, so hat das klassische nationalstaatliche Instrumentarium keineswegs seine Wirksamkeit völlig eingebüßt. Gegenteilige Behauptungen sind bislang den empirischen Beweis ihrer Richtigkeit schuldig geblieben.

Wenn die Sozialdemokratie also das Problem der Massenarbeitslosigkeit wirklich lösen und sich nicht auf eine Verwaltung des Problems beschränken möchte, bedarf es einer spürbar aktiveren Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik. Das Scheitern neoklassischer Ideologien auch unter rot-grüner Flagge ist nicht mehr zu leugnen. Wer glaubt, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch Hartz IV ersetze einen vernünftigen makroökonomischen Politik-Mix, hat seine Hausaufgaben nicht gemacht.

Was nicht passt, muss passend gemacht werden.

Damit ist aber auch klar, dass die Bestrebungen zu einer Reform des Euro-Stabilitätspaktes mit Nachdruck vorangetrieben werden müssen. Dabei wird es nicht nur darum gehen können, lediglich kosmetische Korrekturen vorzunehmen oder eine „flexiblere Handhabung“ durch die EU-Mitgliedsstaaten zu ermöglichen. Der Pakt als ganzes leidet unter fundamentalen Webfehlern. Helfen kann nur noch eine vollständige Revision und damit verbunden eine Korrektur der einseitig monetaristisch ausgerichteten europäischen Finanz- und Geldpolitik. Der vor allem vom Deutschland der Kohl- und Waigel-Ära installierte Stabilitätspakt wirkt unmittelbar als Wachstums- und Beschäftigungsbremse. Gerade in konjunkturellen Schwächephasen, in denen die staatlichen Akteure aufgerufen wären, durch eine expansive Finanzpolitik konjunkturpolitische Impulse zu setzen, verlangt der Stabilitätspakt den Mitgliedsstaaten Spar- und Kürzungsorgien ab. Der Stabilitätspakt stellt in solchen Situationen die nationalen Regierungen vor die Wahl, entweder dem Spardiktat des Paktes zu folgen und die Konjunktur weiter abzuwürgen, oder aber Strafzahlungen an die EU zu riskieren. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben eindrucksvoll das bestätigt, was von den bayerischen Jusos schon vor rund zehn Jahren analysiert wurde: Der Stabilitätspakt ist ein wirtschaftspolitisch schädliches Regelwerk, das den Anforderungen an eine gestaltende Wirtschaftspolitik in keiner Weise gerecht wird. Der ehemalige Präsident der EU-Kommission Prodi hatte recht, als er den Pakt als „dumm“ bezeichnete. Notwendig ist eine Gestaltung, die einem Stabilitäts- und (!) Wachstumspakt, der diesen Namen wirklich verdient, auch tatsächlich gerecht wird. Damit muss dann vor allem eine endgültige Abkehr von der prozyklischen Ausrichtung des Paktes verbunden sein. Es ist gut, dass die SPD-geführte Bundesregierung diese Auseinandersetzung jetzt offen angeht.

2005 als Jahr der Entscheidung?

2005 kann für die SPD ein entscheidendes Jahr werden. Entscheidend in dem Sinne, dass mit einem Kurswechsel in der Wirtschafts- und vor allem Finanzpolitik eine echte Trendwende in Sachen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung eingeleitet werden kann. Entscheidend aber auch in dem Sinne, dass verlorenes Vertrauen der Wählerinnen und Wähler nicht nur in die Sozialdemokratie sondern auch in die Problemlösungskompetenz der demokratischen Akteure endlich wieder hergestellt werden kann. Beides sollte Anreiz genug sein, diesen Kurswechsel entschlossen anzugehen. Stabiles Wirtschaftswachstum und Aufschwung am Arbeitsmarkt sind die besten Voraussetzungen dafür, dass uns auch 2006 Stoiber, Merkel & Co. erspart bleiben und die SPD mit Gerhard Schröder ihre Regierungsarbeit fortsetzen kann.



商務書館

"DIE CHINESEN NEHMEN UNS DIE ARBEITSPLATZE WEG!"



Jenny Scheffler
Tirschenreuth/Oberpfalz
Studentin der Interkulturellen Kommunikation und der Volkswirtschaftslehre
Funktion:
Stellvertretende Juso-Landesvorsitzende
Leiterin des Arbeitskreises TeamerInnen

Standortnationalismus und ArbeitnehmerInnenrechte

Sternzeit 2004-2005. Schon wieder bricht der deutsche Außenhandel alle Rekorde, schon wieder haben wir dem Ausland mehr von unseren Waren andrehen können als im Vorjahr, schon wieder übersteigen die Exporte die Importe um ein Vielfaches.

Schon wieder geben die Arbeitgeberverbände, der Verband der Groß- und Außenhändler und die anderen einschlägigen Interessenverbände ihre Jahrespressekonferenzen. Die Lage sei schlecht aber nicht aussichtslos, der Aufschwung werde sich abschwächen und die Lösung aller Probleme sei die Fortsetzung und Verschärfung der „Reformpolitik“, der Lohnverzicht und die längere Arbeitszeit. Und über allem schwebt das große Begriffs-UFO: Der Standort Deutschland.

Hatten wir vor einigen Jahren zu hoffen gewagt, die unsägliche Debatte über eben diesen Standort Deutschland würde sich peu a peu aus dem öffentlichen Diskurs verabschieden, so müssen wir heute feststellen, dass sie im Zuge von Globalisierungsrhetorik und Wirtschaftskrise sogar noch an Bedeutung gewonnen hat. Und spätestens seit den großen Unternehmenskrisen von Quelle und Opel im Herbst führt kaum noch ein Weg an ihr vorbei.

Auch in der Sozialdemokratie, keines Wegs nur im Kanzleramt und im Willy-Brandt-Haus, sondern auch bei der so genannten Basis, ja selbst in den Gewerkschaften hat sich schleichend die Überzeugung breit gemacht und festgesetzt: Ich, der Metallarbeiter Sepp Birnbichler, konkurriere direkt mit der Metallarbeiterin Qingying Tao aus China um meinen Arbeitsplatz. Das heißt, wenn ich nicht auf Lohn und Zulagen verzichte, länger arbeite, weniger Urlaub mache und weniger mitbestimmt, wird das Produkt,

das ich heute fertige, morgen in einer Fabrik in China hergestellt, wo die Leute für einen Appel und ein Ei arbeiten und gar keine Rechte haben.

Wie kann mensch dieser tiefen Überzeugung, die durch jahrelanges monotones Vorbeten von ArbeitgeberInnenverbänden, „WirtschaftsexpertInnen“ und Medien entstanden ist, und deren Argumente so plausibel und logisch klingen, dass mensch sprachlos zu werden droht, entgetreten? Welche Argumente gibt es dagegen? Die Antwort muss vielschichtig sein und kann sich (leider oder zum Glück?) nicht, wie die Gegenseite, auf simple, gar platte Erklärungsmuster beschränken. Ich werde sie hier thesenhaft umreißen und sie anschließend im Zusammenhang noch weiter ausführen:

Die Standortdebatte ist verkappter Nationalismus. Sie ist eine Ideologie der Konservativen die zum Ziel hat vermeintliche, nationale Eigeninteressen vor die Interessen der Mehrheit der Menschheit zu stellen.

Die Standortdebatte schadet den ArbeitnehmerInneninteressen. Sie hat in erster Linie die Funktion, innerhalb des Landes ein Klima zu schaffen, das es ermöglicht, Rechte der ArbeitnehmerInnen einzuschränken und sie zu Lohnverzicht zu bewegen.

Uneingeschränkte internationale Konkurrenz bedeutet immer, dass es Gewinner und Verlierer gibt. Zurzeit zeigt sich, dass vor allem die Menschen in den Entwicklungsländern die Verlierer sind.

Langfristig gesehen sind alle Verlierer. Denn das weltweite Lohndumping führt nicht nur zur Absenkung von Lebens- und Sozialstandards, sondern letztendlich auch zur Nachfrageschwäche und zu Umsatzeinbußen für die Unternehmen.

商務書館

Es muss nicht immer Gewinner und Verlierer geben. Gerade die Europäische Integration ist ein hervorragendes Beispiel dafür, dass transnationale Kooperation nicht nur politische sondern auch wirtschaftliche Vorteile für alle bringt.

Die These, eine gerechtere internationale Reichtumsverteilung müsse durch eine massive Absenkung der Lebensstandards in den Industrieländern geschehen ist Nonsens.

Auf einem langfristigen, stabilen und nachhaltigen Wachstumspfad wäre es möglich, Wohlstandsgewinne für alle zu erzielen. Natürlich müsste die Wachstumsdynamik in den Entwicklungsländern höher sein, als hierzulande.

Internationale Wirtschaftsbeziehungen können viele Vorteile bringen. Nicht allein durch die sinnvolle internationale Arbeitsteilung, sondern auch durch Technologietransfer im weitesten Sinne und natürlich auch durch die Vergrößerung der Absatzmärkte.

All dies schafft nur dann wirklich Arbeitsplätze, wenn die Verteilung der Wohlstandsgewinne innerhalb der Länder gerechter wird.

Grundsätzlich muss einmal festgestellt werden, dass die Gefahr „Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland“ stark übertrieben wird. Angela Merkel und Edmund Stoiber, die mit Horrorzahlen von mehreren Tausend Arbeitsplätzen täglich (!), die in nicht näher definierte Billiglohnländer abwanderten, Wahlkampf machen, sind bis dato die statistische Grundlage für ihre Behauptungen schuldig geblieben. Überall sind unterschiedliche Zahlen zu lesen, die bei näherer Betrachtung kaum haltbar sind. Und selbst der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, bekanntlich keine Speerspitze linker Wirtschaftspolitik, Michael Hüther sagte kürzlich in einem Interview mit der Financial Times Deutschland die „Investitionsschwäche in Deutschland hat andere Ursachen als die Verlagerung in Billiglohnländer.“ Eine relativ hohe Direktinvestitionsrate in andere Länder wurde in den Achtzigern im Fall Japan als Zeichen der Stärke der dortigen Wirtschaft gesehen. Überall ging die Angst um, die Japaner würden die komplette amerikanische und europäische Wirtschaft aufkaufen. Die gleiche Strategie deutscher Unternehmer, die heute Produktionsstätten im Ausland bauen und sich in ausländische Firmen einkaufen, wird als Schwäche der deutschen Wirtschaft interpretiert. Interessanter Weise eignen sich beide Interpretationen hervorragend, um Drohszenarien aufzubauen und ArbeitnehmerInnen zum Verzicht zu zwingen.

Prozesses propagieren, Europa müsse bis 2010 die stärkste Wirtschaftsregion der Welt sein. Wer Zeit und Muse hat, nehme sich ein Geschichtsbuch zu Hand, suche sich einen politischen Text aus Kaiserreich oder Naziherrschaft und ersetze das Wort „Vaterland“ durch „Standort“. Die Parallelen werden verblüffend sein.

Im Übrigen kann es nicht darum gehen, den Wohlstand der hier lebenden Menschen relativ zu anderen zu erhöhen. Einfachste Kenntnisse von Logik und Mathematik zeigen, dass auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung hierzulande stagniert, die anderen nur verarmen müssen, um uns zu den „Besten“ zu machen. Ja selbst wenn es uns in zehn Jahren schlechter geht als heute, so könnten wir trotzdem signifikant besser dastehen als der Rest von Europa, denen müsste es eben nur noch mieser gehen.



Ziel müsste doch viel mehr sein, den Wohlstand absolut zu erhöhen, nicht nur hier sondern in allen Ländern, auch und gerade in den Ländern des Südens. Und zu diesem Wohlstand gehören nicht ausschließlich materielle Werte, sondern auch demokratische Rechte und ArbeitnehmerInnenrechte, soziale Sicherheit, Mitbestimmung, eine saubere Umwelt, Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Dies lässt sich aber nicht erreichen, wenn ArbeitnehmerInnen sich hineinziehen lassen in einen Abwärtsstrudel aus Lohnkürzung, Sozialabbau und Beschränkung ihrer Rechte.

Nötig wäre ein selbstbewusstes, europaweit koordiniertes Auftreten der Gewerkschaften und linker Kräfte. Den Herausforderungen, die durch die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft zweifelsohne auf uns zukommen, lässt sich nur begegnen durch eine gerechtere Verteilungspolitik, eine koordinierte Steuer- und Abgabepolitik, einem Ausbau der Entwicklungshilfe, einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und einem Ausbau der Mitbestimmungsrechte. Eine sich selbst tragende Binnenkonjunktur und internationale Solidarität sind bessere Antworten als Standortnationalismus und Lohnkürzung.



Wenn Hans-Werner Sinn in seinem Buch „Ist Deutschland noch zu Retten?“ die seiner Meinung nach große Katastrophe beschreibt, dass Deutschland nicht mehr signifikant besser als die anderen europäischen Länder sei, so ist dies der alte Nationalismus in neuem Gewand. Nicht viel besser sind die diejenigen, die im Zeichen des Lissabon-

MEHR MARKT!

DIE PERMANENTE DEREGULIERUNG DES EUROPÄISCHEN BINNENMARKTS



Simone Burger

München/Oberbayern

Studentin der
Politikwissenschaft

Funktion:
ECOSY-Bureau Member
Stellvertretende
Juso-Landesvorsitzende

Im März 2000 beschloss die Europäische Union die Lissabon-Strategie. Erklärtes Ziel ist es seit dem, dass Europa bis 2010 der wettbewerbsfähigste und dynamischste, wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt wird. Dieses Ziel prägt die Europäische Union im Moment, im Gegensatz zu all den schönen Worten über ein soziales Europa, Frieden oder ein Europa für die BürgerInnen.

Um diesen Ziel ein Stück weit näher zu kommen, legte der EU-Binnenmarktkommissar Fritz Bolkestein einen Richtlinienentwurf zum Dienstleistungsmarkt vor, der im Januar 2004 von der EU Kommission so beschlossen und veröffentlicht wurde. Im Frühjahr 2005 wird dieser Entwurf dem Ministerrat vorgelegt und dann dem Parlament (in diesem Bereich gilt das Mitentscheidungsverfahren).

Für uns als Linke wird es wichtig sein, diese Richtlinie in ihrer Gesamtheit zu verhindern, was bei den aktuellen Kräfteverhältnissen auf europäischer Ebene nicht einfach werden wird.¹

Warum?

Grundsätzlich ist der Richtlinienvorschlag geprägt vom Dogma des freien Markts und passt sich lückenlos in die bisherige neoliberale Politik der EU ein. Es gäbe also viele Kritikpunkte, die erwähnt werden sollten, aus Platzgründen soll hier aber nur auf die zwei wichtigsten Punkte eingegangen werden.

1. Eine weitere Liberalisierung und Deregulierung über das Herkunftslandprinzip

Auf den ersten Blick scheint das Herkunftslandprinzip in der Praxis nicht umsetzbar. Gleichsam ist es eine absolute Kehrtwende in der bisherigen Harmonisierungspolitik der Europäischen Union. Anstatt wie bisher gemeinsame Standards festzulegen und so genannte Handelshemmnisse zu beseitigen, soll nun das Herkunftsland des Unternehmens das bestimmende Kriterium sein. Bisher gelten für Dienstleistungsunternehmen die ihre Dienste im EU-Ausland anbieten, die Rechtsvorschriften des Gastlandes. Nun sollen in den Bereichen Aufnahme und Ausübung eines Unternehmens, die Regelung des Verhaltens, die Qualität und der Inhalt des Produkts, die Verantwortung des Unternehmens und die Haftung, Werbung die Rechtsvorschriften des Landes gelten, in denen das Unternehmen seinen Hauptsitz hat. Was anmutet wie ein neues babylonisches Projekt² wird in kürzester Zeit zu einem noch härteren Standortwettkampf führen und bei einer Harmonisierung auf unterstem Niveau enden.

Was wird konkret passieren? Ein Großunternehmen im Dienstleistungsbereich wird zuerst seine unterschiedlichen Bereiche ausgliedern (Marketing, Produktion und Rechtsabteilung) und diese Tochterfirmen dort ansiedeln wo für den Bereich die günstigsten Bedingungen herrschen. Auf ein und demselben Markt, z.B. Deutschland werden 25 verschiedene Rechtsvorschriften herrschen, so wird die Kennzeichnungspflicht bei Produkten zum

Schutz der Konsumenten ad absurdum geführt. Es wird kaum noch Rechtssicherheit herrschen, auch unter den Unternehmen. Der Mittelstand, der nicht so schnell seine Produktionsstätten ausgliedern kann, wird diskriminiert und vom Markt verdrängt, weshalb sich der Mittelstand auch massiv gegen die Bolkestein-Richtlinie auflehnt. Dieses entstehende Chaos ist außerdem der perfekte Nährboden für die organisierte Kriminalität, da die Kontrolle auch mit dem EU-Vorschlag kaum gewährleistet sein dürfte.

Was soll also dieses Chaos? Wirtschaftsförderlich dürfte dies nicht sein, da es den Markt verunsichert und zu allererst die Konsumenten. Noch vor der kompletten Umsetzung, die für das Jahr 2010 geplant ist, werden die Unternehmen eine Angleichung der Rechtsvorschriften auf dem niedrigsten Niveau fordern, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein und Arbeitsplätze anbieten zu können. Kaum eine Regierung wird sich diesem Druck entziehen, so dass bei der Einführung die Unterschiede sehr gering sein dürften. Ziel ist also der Abbau von Vorschriften die von der Wirtschaft als Hemmnis empfunden werden.

2. Der Geltungsbereich der Richtlinie

Auch wenn das Herkunftsprinzip, gegen das inzwischen schon breit mobilisiert wird, fällt, ist nicht wieder der status quo erreicht (der uns jetzt schon schmerzt).

Denn über die Dienstleistungsrichtlinie soll in der immer noch anhaltenden Debatte innerhalb der Europäischen Union über die Daseinsvorsorge (Ausschreibungspflicht ÖPNV, Streit über die Wasserversorgung) und inwieweit diese eine Sonderstellung einnehmen, Fakten geschaffen werden.



Diese Richtlinie gilt grundsätzlich für alle Dienstleistungsbereiche. Erfasst sind alle Dienstleistungen, die als wirtschaftliche Tätigkeit (als Unternehmen) erbracht werden. Bei der Auslegung dieses Begriffs stützt sich die EU-Kommission auf das Urteil des EuGH (Europäischer Gerichtshof) zum Unternehmensbegriff. Entscheidend um als Unternehmen eingestuft zu werden, ist nicht die Gewinnerzielungsabsicht oder die Rechtsform, sondern dass die Tätigkeit in der Regel gegen Entgelt erbracht wird. Unter den Entgeltbegriff fallen allerdings auch staatliche Beihilfen oder Gebühren (auch wenn sie nicht die Kosten decken). Damit wären nahezu alle sensiblen Bereiche in Deutschland von dieser Richtlinie erfasst, wie die Wasserversorgung, Krankenhäuser oder ambulante Pflegedienste. Alle anderen Prozesse oder Debatten würden damit überflüssig, wie auch der Weißbuchprozess. Die Europäische Union hat begonnen Dienstleistungen in bestimmte Kategorien einzuteilen, unter anderem auch in ein Weißbuch, in dem „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (Daseinsvorsorge) erfasst werden. Grundsätzlich ist dieser Prozess von linker Seite kritisch zu begleiten, stellt er doch den Versuch dar den Dienstleistungssektor schrittweise zu liberalisieren und zu deregulieren. Doch der Grundgedanke eine Liste mit Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu erstellen, die vom EU-Binnenmarktsrecht ausgenommen sind, wäre durchaus zu diskutieren.

Die EU ist grundsätzlich schlecht!?

Bei allem was uns auf europäischer Ebene begegnet, könnte man die Einschätzung oft genug teilen. Dennoch, die Europäische Union ist nur eine Gestaltungsmöglichkeit und damit auch eine Front mehr. Was sich an neoliberalen Gedankengut nicht vor Ort umsetzen lässt, wird auf Europäischer Ebene versucht und wenn es dort nicht funktioniert, dann auf internationaler Ebene (WTO, IWF und Weltbank). Was die unterschiedlichen Ebenen unterscheidet: Auf Europäischer und Internationaler Ebene ist unserer Einfluss kaum spürbar. Deshalb muss es unserer Ziel sein für eine andere Europäische Union zu kämpfen und diese zu gestalten.

Und deshalb stoppt Bolkestein!



¹ In allen drei Gremien (Rat, Kommission und Parlament) haben die Konservativen eine Mehrheit und auch einige Sozialdemokratische Regierungen sind dem Vorschlag grundsätzlich nicht abgeneigt.

¹ Geschichte der Bibel (Genesis 11): Gott bestrafte die Menschen für ihren Größenwahn (den Turmbau zu Babel), in dem unterschiedliche Sprachen erschuf und eine Kommunikation und einen Weiterbau verhinderte (babylonische Sprachengewirr)

FÖDERALISMUS

Reform

MUSS DIE GLEICHHEIT DER LEBENSVERHÄLTNISSE STÄRKEN



Mario Patuzzi

Augburg/Schwaben

DGB-Jugendsekretär
Südbayern

Funktion:

Leiter des AK Internationales, Frieden und Europa der Jusos Bayern
Stellvertretender Juso-Landesvorsitzender

Mit der Einsetzung der sogenannten Bundesstaatskommission durch Bundestag und Bundesrat zeichnet sich ein Umbau der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland ab. Ursache dafür scheinen weniger Legitimationsprobleme der bundesstaatlichen Ordnung zu sein als Effizienzprobleme. Während vor allem die CSU auf eine Abschaffung des Prinzips der gleichwertigen Lebensverhältnisse, auf die Abschaffung des einheitlichen Rechts- und Wirtschaftsraumes und auf eine Vergrößerung der Autonomie der Länder abzielt, sieht die Bundesregierung in der Föderalismusreform vor allem die Möglichkeit, die Effizienz von Bundes- und Länderentscheidungen zu erhöhen sowie für die Öffentlichkeit klarere politische Verantwortlichkeiten zu schaffen.

Politische Hintergründe

Die in der politikwissenschaftlichen Diskussion entwickelten Argumente für eine Föderalismusreform spielen in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Die große Mehrheit der Akteure aus dem wissenschaftlichen Feld fordert seit Jahren eine Veränderung der bundesstaatlichen Ordnung in Richtung „Wettbewerbsföderalismus“. Konkret bedeutet dies, dass die Gesetzgebungskompetenzen auf ausschließliche Länder- und Bundeskompetenzen aufgliedert wird und dass der Steuerverbund zwischen Bund und Ländern mitsamt Finanzausgleich reduziert wird. Im Hintergrund steht hier die Aufgabe des Prinzips der gleichwertigen Lebensverhältnisse. Die meisten Autoren hoffen dagegen darauf, dass ein Mehr an Wettbewerb und Subsidiarität auch ein Mehr an Wohlstand und Wachstum generieren würden. Die Nähe zu neoliberalen Leitvorstellungen ist damit gegeben.

Aufgegriffen wurde die politikwissenschaftliche Diskussion Mitte der 1990er Jahre von der CSU. Im Bericht der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission sind bereits die zentralen Handlungsfelder genannt, in denen die Union weitreichende Änderungen durchführen möchte: Bildungspolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik und Arbeitsmarktpolitik. Werden hiermit die Forderungen der CSU in der Bundesstaatskommission im Hinblick auf die Aufteilung von Gesetzgebungskompetenzen verglichen, wird deutlich, dass es den Konservativen nicht um eine politisch ausgewogene, an realen Problemlagen des Föderalismus orientierte Reform geht. Hinter den Vorschlägen Stoibers steht die Vision des neoliberalen Epochenwechsels: Abbau des Sozialstaates, Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, konservative Bildungspolitik und eine angebotsorientierte, marktradikale Wirtschaftspolitik.

Probleme des Föderalismus in Deutschland

Der Ausbau der föderalen Verflechtung in Deutschland korrespondierte mit dem Ausbau des Sozialstaates und der Bildungsexpansion in den 1960er und 1970er Jahren. Die Ausweitung von Aufgaben des Staates führte zu erhöhten Anforderungen an politischer Koordination. Die Große Finanzreform 1969 (Steuerverbund und Länderfinanzausgleich) ist dabei das Kernstück des deutschen Verbundföderalismus. Seit der Deutschen Einheit kehrt sich der Trend der föderalen Politikverflechtung um: die sozial- und wirtschaftspolitischen Problemlagen durch den Einigungsprozess werden unter neoliberalen Wettbewerbsvorstellungen zu Effizienzproblemen der politisch-institutionellen Struktur umgedeutet und eine Reform der bundesstaatlichen Ordnung gefordert. Die Souveränitätsverzichte der BRD im Zuge des europäischen Einigungsprozesses schränken zum einen die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit nationalstaatlicher Steuerung ein, erhöhen auf der anderen Seite aber auch den Druck auf Bund und Länder über die Umsetzung von EU-Richtlinien. Daraus erwachsen schließlich Forderungen nach Kompensationen auf Bund- und Länderseite. Die im deutschen Verbundföderalismus angelegte Politik des Ausgleichs und des Aushandelns führt zum einen zur Kritik an der starken Stellung des Bundesrates über Zustimmungs- und Einspruchsgesetzen. Zum anderen schwindet tatsächlich die reale Bedeutung, d.h. die politisch-gesellschaftliche Funktion der Parlamente, die zum großen Teil nur noch bereits ausgehandelte Paketlösungen abnicken. Und nicht zuletzt wird kritisiert, dass die Kommunen vor allem finanziellen Restriktionen ausgesetzt sind, auf der anderen Seite aber kaum Einflussmöglichkeiten auf die Verteilung der Steuereinnahmen haben.



Leitlinien

Eine Reform der bundesstaatlichen Ordnung ist weder ein rein verfassungsrechtliches, noch ein politisch-institutionelles Problem. Sie macht nur Sinn, wenn damit die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als politisches Leitprinzip gewahrt bleibt. Um das zu erreichen, ist soviel zentrale Regelungskompetenz wie nötig erforderlich. Dezentrale Entscheidungen müssen so weit wie möglich und sinnvoll praktiziert werden: Soziale Sicherheit, Mitbestimmung und Teilhabe an Entscheidungen in der Arbeitswelt benötigen klare Kompetenzen des Bundes. Mitbestimmung und Teilhabe an Entscheidungen an politischen Entscheidungen erfordern die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen. Bildungschancen und lebensbegleitendes Lernen benötigen als Voraussetzung gemeinsame, bundesweite Standards. Leistungsfähige und gerecht finanzierte sozialer Sicherung müssen gesellschaftliche Solidarität für alle zur Folge haben. Dies bedeutet auch, dass der Steuerverbund zwischen Bund und Ländern erhalten bleibt. Wachstumspolitik erfordert nicht nur eine innovationsfreudige Politik, sondern auch einen gemeinsamen Rahmen. Die Einheitlichkeit der Rechts- und Wirtschaftsordnung muss gewahrt bleiben.

Handlungsfelder

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu gewährleisten und herzustellen, ist eine der obersten Prioritäten der Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Dafür müssen nicht immer langjährig tagende Kommissionen, Expertenkreise und Verhandlungsgruppen eingesetzt werden. Vieles, was von der Kritikern des heutigen bundesdeutschen Föderalismus beklagt wird, lässt sich auf relativ einfachem Wege verändern:

Bundeseinheitliche Verwaltungsverfahren begrenzen

Statt sich auf eine Verlagerung von Zuständigkeiten zu konzentrieren, ist eine Einschränkung der Befugnis des Bundes, Verwaltungsverfahren verpflichtend auch für die Länder und Kommunen zu regeln, zu empfehlen. In allen Bundesländern stehen als Auffangregelungen allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetze zur Verfügung, die immer dann Anwendung finden, wenn keine besonderen Bundesregelungen vorhanden sind.

Mindeststandards in Bildung und Forschung

Bildung, Wissenschaft und Forschung in Deutschland müssen als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern weiterentwickelt werden. Die Bund-Länder-Kooperation in der Bildungsplanung und Forschungsförderung muss grundsätzlich fortgesetzt werden. Notwendige Vereinfachungen der Verfahren (z.B. im Rahmen der Kultusministerkonferenz) stehen dem nicht entgegen.

Keine „Sonderwirtschaftszonen“

Unter der Überschrift „Sonderwirtschaftszonen“ versuchen insbesondere die Freistaaten Bayern und Sachsen länder-spezifische Eingriffe in Arbeits- und Arbeitsschutzrecht durchzusetzen. Allerdings geht es hier nicht um Bürokratieabbau oder Wirtschaftsförderung. Mit dieser Forderung sollen ArbeitnehmerInnenrechte abgebaut und Löhne gesenkt werden. Wie die Erfahrungen in den fünf neuen Bundesländern gezeigt haben, sind Sonderregelungen in dieser Hinsicht mit Vorsicht zu genießen. Es ist außerdem zu erwarten, dass solche „Sonderwirtschaftszonen“ am Ende mehr bürokratischen Aufwand erfordern.



Soziale Sicherheit muss gesamtstaatlicher Auftrag bleiben

Die Menschen in Deutschland müssen sich darauf verlassen können, dass sie unabhängig vom Wohnort dem Grunde nach dieselbe Versorgung und Hilfe erhalten können. Bundesweit einheitliche Regelungen im Sozialversicherungsrecht, bei der Arbeitsvermittlung und der öffentlichen Fürsorge garantieren nicht nur ein Stück sozialer Sicherheit bundesweit, sondern ergänzen in sinnvoller Weise die Regelungsstrukturen der Wirtschaftsordnung. Auch für das Kinder- und Jugendhilferecht gilt, dass die Rahmenkompetenz des Bundes die unterschiedlichen Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen in der Vergangenheit bisher weitgehend ausgleichen konnte.

Öffentliches Dienstrecht in der Rahmengesetzgebung behalten

Die Überlassung des Dienstrechts des Bundes bzw. der Länder für jeweils ihre BeamtInnen lehnen wir ab. Es geht nicht um staatliche Organisationshoheit oder Personalhoheit. Das Beamtenrecht ist vielmehr das Arbeits- und Sozialrecht derjenigen, die für den Staat hoheitlich tätig werden.

Solidarischer Finanzausgleich

Die Kritik am föderalen Steuerverbund und Finanzausgleich, die in den letzten Jahren ständig und überall zu hören war, lässt vergessen, dass erst vor kurzer Zeit im Solidarpakt II die wesentlichen Regelungen zwischen Bund und Ländern zur Fortsetzung der Einbeziehung der neuen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich festgelegt worden sind. Es macht daher keinen Sinn, diese Einigung im Rahmen der Föderalismusreform in Frage zu stellen.

Das vorläufige Scheitern der sogenannten Bundesstaatskommission sollte unser Auge nicht trüben: es wird weitergehen mit Reformforderungen, Reformkommissionen und runden Reformatischen. Dass die letzten Einigungsversuche an der Bildungspolitik scheiterten, zeigt zum einen, dass sowohl Bundesregierung als auch die MinisterpräsidentInnen sich über den hohen Stellenwert dieses Politikfeldes in der zukünftigen politischen Auseinandersetzung einig sind. Zum anderen zeigt das vorläufige Scheitern aber auch, dass der Leidensdruck auf beiden Seiten noch nicht so hoch sein kann wie immer kolportiert wird. Denn sowohl für Bundesregierung als auch für die MinisterpräsidentInnen bietet die föderale Ordnung immer noch eines der besten Argumente, weshalb sie nicht die „richtige“ Politik durchsetzen können. Wir als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bekommen dieses Argument auf jeden Fall immer dann zu hören, wenn die Basis willig, die Führung aber schwach ist.





Keine neoliberalen Kampfbegriffe ins Grundgesetz – Generationengerechtigkeit hat in unserer Verfassung nichts zu suchen

Das größte Problem an zukünftigen Generationen ist, dass sie noch nicht geboren sind. Es kann sie deshalb auch niemand fragen, was sie wollen. Wer über die Interessen zukünftiger Generationen spricht, beruft sich zwangsläufig auf Menschen, die er nicht kennt. Schon deshalb sind Aussagen über die Interessen zukünftiger Generationen in besonderem Maße von Wertvorstellungen derer abhängig, die sich zu ihren Interessenvertretern erklären. Man kann also über die Interessen zukünftiger Generationen praktisch alles behaupten – sie können sich ja nicht wehren.

Genauso wenig wie alle bisherigen werden zukünftige Generationen aber einheitliche Interessen haben. Die Interessen der heute noch nicht Geborenen werden davon abhängen, in welches soziale Umfeld sie hineingeboren werden. Das heißt vor allem, wo sie leben werden und in welchen materiellen Verhältnissen. Wer als Kind vermögender Eltern geboren wird, dessen Chancen werden auch in Zukunft in geringerem Maße von staatlichen Leistungen oder Bildungsausgaben abhängen – seine Eltern können ihm einen guten Lebensstandard und beste Ausbildung finanzieren. Interessengegensätze leben also in zukünftigen Generationen fort – deshalb ist das in Mode gekommene Gerede von den Interessen zukünftiger Generationen in den meisten Fällen Unsinn.

Zu diesem Prinzip gibt es wenige Ausnahmen. Nur wenn wir heute Fehler machen, die in 20 Jahren oder noch fernerer Zukunft tatsächlich allen schaden, wenn wir Ressourcen verbrauchen, die damit für zukünftige Generationen unwiederbringlich verloren sind, könnte man tatsächlich von nicht generationengerechter Politik reden. Aber diese Fälle sind die Ausnahme, nicht die Regel. Für diese Fälle wurde übrigens bereits vor zehn Jahren der Artikel 20a in das Grundgesetz eingefügt – ohne dass das nachweisbare Folgen für die politische Praxis gehabt hätte.

Generationengerechtigkeit ist kein sozialdemokratischer Begriff

Unter dem Kampfbegriff „Generationengerechtigkeit“ wird derzeit eine Debatte geführt, die mit Zielen und Werten sozialdemokratischer Politik nichts zu tun hat. Kern der Debatte ist die Behauptung eines ökonomischen Verteilungskampfes zwischen jung und alt, der die existierenden Verteilungsauseinandersetzungen innerhalb der Generationen in ihrer Bedeutung herabstufen oder ersetzen soll. In erster Linie dient diese Argumentation als Begründung für den Abbau der solidarischen Elemente und letztlich der Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Daneben wird der Begriff Generationengerechtigkeit auch zur Begründung einer möglichst restriktiven Haushaltspolitik verwendet: öffentliche Verschuldung wird per se als Belastung für zukünftige Generationen beschrieben. Der

Kampfbegriff dient also auch hier der Durchsetzung eines neoliberalen Politikmodells. Das sich der Staat aus einer Krise nicht heraussparen sondern nur „herauswachsen“ kann, wird überhaupt nicht in Betracht gezogen. Dabei liegen die Folgen fehlender Investitionen für die zukünftigen Generationen doch auf der Hand: Nützt denn den Jüngeren Stoibers Politik, durch die zu wenig in Bildung investiert wird, wegen der Lehrer fehlen und Schulgebäude verrotten? Eine dauerhaft hohe Staatsverschuldung macht politische Gestaltungsspielräume enger und bedeutet eine Umverteilung von unten nach oben. Denn der Staat leiht sich das Geld bei denen, die es im Überfluss haben und zahlt Zinsen dafür. Deshalb ist Staatsverschuldung kein Konflikt zwischen den Generationen, sondern immer noch einer zwischen „arm“ und „reich“. Der öffentlichen Verschuldung steht privater Reichtum gegenüber, der auch von Generation zu Generation vererbt wird. Der Staat kann keine Güter und Dienstleistungen verbrauchen, die von der heutigen Generation nicht erarbeitet wurde. Er kann sich auch nicht bei zukünftigen Generationen verschulden, sondern nur bei der heutigen. Zukünftige Generationen können dabei immer frei entscheiden, wie sie das Ungleichgewicht zwischen öffentlichen Schulden und privatem Reichtum wieder ausgleichen wollen.

Ein Ziel, zwei Irrwege:

Familienwahlrecht und Grundgesetzergänzung

Derzeit gibt es zwei Initiativen, die die Berücksichtigung der Interessen zukünftiger Generationen zu verbessern vorgeben: Auf der einen Seite werben konservative Familienverbände für ein Stellvertreterwahlrecht der Eltern für ihre minderjährigen Kinder, auf der anderen Seite betreiben einige junge Abgeordnete die Aufnahme der Lehrformel „Generationengerechtigkeit“ ins Grundgesetz. Was darunter zu verstehen ist – ob die schwarze Null im Haushalt oder mehr Bildungsausgaben eher den zukünftigen Generationen nutzt – bleibt dem politischen Meinungsstreit oder sogar dem Bundesverfassungsgericht überlassen. Letztlich entscheidet damit der Zeitgeist über die Deutung. Die Bezugnahme auf Generationengerechtigkeit im Grundgesetz – allgemein als Artikel 20b und vor allem für die Finanzverfassung in Artikel 109 – ist deshalb nicht einfach nur sinnlos, sondern politisch gefährlich. Es kann nicht unser Interesse sein, einen deutungs offenen Begriff im Grundgesetz zu verankern, wenn wir bei der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Konkretisierung dieses Begriffs die schlechtere Ausgangsposition haben. Es gibt keine einheitlichen Interessen zukünftiger Generationen, es gibt keinen Konsens, was unter Generationengerechtigkeit zu verstehen ist und selbst wenn das zu definieren wäre, gäbe es keinen formalen Weg, ihre Berücksichtigung verbindlich vorzuschreiben. Deshalb hat der neoliberale Kampfbegriff „Generationengerechtigkeit“ im Grundgesetz nichts verloren.



Florian Pronold

Deggendorf/Niederbayern

Rechtsanwalt

Funktion:
Bundestagsabgeordneter
und stellvertretender
Vorsitzender der BayernSPD

Der Zukunft eine Stimme

Angesichts wachsender Belastungen für die nachrückenden Generationen stehen wir vor der Herausforderung, die Rechte und Interessen künftiger Generationen besser zu schützen. Dies gilt unabhängig von all den Abstrusitäten, die von selbsternannten Verfechtern einer rhetorisch instrumentalisierten Generationengerechtigkeit verbreitet werden. Hinter all dem politischen Missbrauch dieses Begriffs findet sich ein wirkliches, fundamentales Zukunftsversagen unserer Gesellschaft. Der vom Jugendnetzwerk YOIS regelmäßig durchgeführte Politiktest – die größte unabhängige Untersuchung der Wahlprogramme – beweist: Keine Partei verdient das begehrte Prädikat „generationengerecht“.

Dieses Zukunftsversagen resultiert zum Teil aus strukturellen Ursachen. Denn in einem parlamentarischen System reicht der Denkhorizont der Mandatsträger meist höchstens bis zur nächsten Wahl. Ein Denken in Jahrzehnten, Jahrhunderten oder Jahrtausenden (z.B. ist der deutsche Atommüll noch in einer Million Jahren tödlich) wird dadurch erschwert. Zusätzlich entsteht durch den demografischen Wandel die Gefahr, dass die junge Generation marginalisiert wird, falls der überproportionale Anteil der Älteren an der (insbesondere der wahlberechtigten) Bevölkerung die politische Agenda allzu deutlich prägt und dadurch Zukunftsthemen verdrängt werden. Neben allen Chancen, die der demografische Wandel auch bietet und die in der öffentlichen Debatte leider zu oft untergehen, sollte man diese Gefahr dennoch nicht vergessen.

In einer parlamentarischen Demokratie können nachrückende Generationen – einschließlich der heute jungen, „min-

derjährigen“ Generation – nicht am Willensbildungsprozess partizipieren, obwohl gerade sie von den heutigen Entscheidungen am längsten und härtesten betroffen sind. Könnten zukünftige Generationen ihre Interessen geltend machen, so wären die Kräfteverhältnisse bei wichtigen politischen Entscheidungen anders. Beispiel Bildung: Könnte man ein Regulativ finden, das die Interessen künftiger Generationen effektiv vertritt, wäre die bayerische Kürzungspolitik an den Schulen und Hochschulen weit schwerer durchsetzbar. Dasselbe gilt für die Zögerlichkeit bei der Lösung der Ausbildungskrise, für die Demontage des solidarischen Generationenvertrages in der Rentenversicherung usw.

Das Grundgesetz bietet leider bislang wenig Hilfestellung, um die Interessen künftiger Generationen zu sichern. Eine generationengerechte Gesellschaft wird sich daher einfacher erreichen lassen, wenn die Ansprüche der künftigen Generationen institutionell verankert werden, ohne dadurch natürlich die Entscheidungshoheit des Parlaments zu desavouieren oder den Wesensgehalt der Demokratie in anderen Punkten zu verletzen, sondern im Gegenteil die Demokratie zukunftsfähig zu machen.

Wie eine solche Verankerung der Generationengerechtigkeit aussehen kann, ist Gegenstand einer Debatte, die u.a. auch auf einer von YOIS mitorganisierten Europäischen Jugendkonferenz im Juni 2005 in Berlin geführt werden wird. Beispiele für solche Ansätze sind die Kommission für zukünftige Generationen der Knesset in Israel, eine Ombudsperson, wie in Ungarn diskutiert, oder ein „Zukunftsrat“ als neues Gremium, wie in der Schweiz diskutiert.

In Deutschland erarbeiten derzeit junge Abgeordnete aller Fraktionen einen gemeinsamen Vorschlag, moderiert von der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Vorgesehen ist eine Präzisierung des Art. 20a GG, in dem bisher die Verantwortung gegenüber nachrückenden Generationen zwar abstrakt als Staatsziel anerkannt wird, dieses allerdings dank weidlichem Interpretationsspielraum praktisch wirkungslos bleibt. Zweitens soll Art. 115 GG ergänzt werden, der die staatliche Schuldenaufnahme reguliert. Der Vorschlag wird demnächst der Öffentlichkeit vorgestellt und wird sicherlich kontroverse Diskussionen auslösen; bei YOIS sieht man diesen Ansatz eher skeptisch.

Für YOIS besteht der wichtigste Schritt dagegen in einer Wahlrechtsreform, die auch Jugendlichen unter 18 Jahren eine Stimme gibt und wie sie bereits mit positivem Echo bei den Vereinten Nationen in New York und beim Internationalen Jugendparlament in Sydney vorgestellt wurde. Nach diesem Modell bekommen Kinder und Jugendliche – gleich welchen Alters (!) – die Wahlkarte zugesandt, sobald sie diese persönlich beantragen, spätestens aber mit 16 Jahren; dies wäre die Einführung eines Minderjährigenwahlrechts (im Gegensatz zum Elternwahlrecht). Würde das Wahlrecht so erweitert, kämen zu den 64 Millionen heutigen Wählerstimmen weitere potenzielle 16 Millionen hinzu. Diese Verschiebung bliebe kaum ohne Auswirkungen auf das Verhalten der Entscheidungsträger. Gleichzeitig würde das fundamentale Defizit unserer Demokratie, nämlich der Ausschluss eines beträchtlichen Teils des Staatsvolkes von der politischen Partizipation, beseitigt.



**Wolfgang
Gründinger**

Regensburg/Oberpfalz

Student der Politikwissenschaften und Soziologie

Funktion:

Landesvorsitzender von
YOIS Bayern



Werte oder Interessen?



André Pöhler

Bayreuth/Oberfranken

Rechtsreferendar

Funktion:
Stellvertretender
Juso-Landesvorsitzender

Nach dem erneuten Wahlsieg von George W. Bush kündigten Angela Merkel und andere Unionspolitiker an, man wolle aus dessen erfolgreichem Wahlkampf lernen. Werte und Patriotismus sollen künftig wichtige Themen der Union sein. Damit wolle man Wahlkämpfe führen und Wahlen gewinnen. Denn nach Ansicht vieler Beobachter gewann Bush die Wahl im November 2004 mit dem Thema „moral values“. Wahlentscheidend seien Themen wie Abtreibung oder gleichgeschlechtliche Ehe gewesen, nicht dagegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik oder der Irakkrieg.

Man kann sich nun fragen, was daran neu sein soll. Denn die Konservativen haben schon immer gerne Themen wie Patriotismus oder christliche Werte für ihre Propaganda benutzt. Gerade in den 70er Jahren war „Patriotismus“ ein wichtiges Thema der Konservativen, Willy Brandt wurde wegen seiner Ostpolitik geradezu als „Verräter“ hingestellt. Was ist also neu daran? Voraussichtlich wird die Union Themen wie Patriotismus und Werte noch stärker als früher nutzen. Denn die Union ändert zur Zeit ihre Programmatik und Ideologie und diese Änderung führt dazu, dass Patriotismus und Werte noch wichtiger werden.

Von der sozialen Marktwirtschaft...

Denn in den letzten Jahren, seit Angela Merkel die Führung übernommen hat, hat sich die Politik und die Programmatik der CDU stark verändert. Dieser Wandel begann zwar schon früher. Anfangs betonte die CDU noch das „Soziale“ in der „Sozialen Marktwirtschaft“, 1945 hatte sie sogar eine sozialistische Wirtschaftsordnung gefordert. Doch Stück für Stück übernahm die Union wirtschaftsliberale Elemente. Schon unter Helmut Kohl fand Sozialabbau statt, doch damals hatte der Arbeitnehmerflügel der Union noch einen gewissen Einfluss und auch Kohl wusste genau, dass mit allzu plumpem Neoliberalismus in Deutschland keine Wahlen zu gewinnen sind. In der Union war das Bewußtsein noch vorhanden, dass eine Gesellschaft für ihren Zusammenhalt auch ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit braucht. Dementsprechend sorgte

die CDU immer dafür, dass die Grundzüge des Sozialstaates erhalten blieben. Schließlich war die Union nach ihrem Selbstverständnis die Erfinderin und Bewahrerin der sozialen Marktwirtschaft.

Doch dies änderte sich sehr schnell unter Angela Merkel. Merkel hat die Partei in den letzten beiden Jahren vollständig auf eine radikale neoliberale Politik eingeschworen.

...zum reinen Neoliberalismus

Wer sich die Anträge und die Reden des Düsseldorfer Parteitages der CDU genauer ansieht, merkt schnell, dass die Agenda der Union die Agenda 2010 der SPD bei weitem übertrifft.

Im Leitantrag beteuert die CDU zwar, Wohlstand für alle zu schaffen und den Sozialstaat zu erhalten. Doch in Wirklichkeit bedeutet das Programm der Union den Frontalangriff auf den Sozialstaat. Die Politik der Union bedeutet nicht mehr „Wohlstand für alle“, sondern Armut für viele. Die Leitanträge und die Parteitagsreden sollte man auch ernst nehmen. Zwar ist bekannt, dass sich Parteiführungen oft nicht um Parteitagsbeschlüsse scheren, aber der Leitantrag entspricht genau dem, was überall und zu jeder Zeit von Unionspolitikern gefordert wird. Der Antrag ist eine Zusammenfassung dessen, was die Union durchsetzen will. Die Analyse der Anträge folgt dabei ohne Abstriche der neoliberalen Ideologie: Die Globalisierung und der internationale Standortwettbewerb zwingen uns zu schmerzhaften Reformen. Denn Arbeit ist zu teuer, Steuern sind (vor allem für Unternehmen) zu hoch und zu viel Bürokratie behindert die Unternehmen. Ausserdem ist der Arbeitsmarkt zu reguliert, die Sozialleistungen sind zu hoch und verhindern, dass die Leute sich Arbeit suchen. Dass die Wachstumsschwäche und die hohe Arbeitslosigkeit vielleicht auch andere Ursachen haben könnten, kommt den Konservativen gar nicht in den Sinn. Die Kosten der deutschen Einheit, die schwache Binnennachfrage, die sinkenden öffentlichen Investitionen werden kaum erwähnt. Entsprechend zu dieser Diagnose fällt die Therapie aus. Löhne müssen flexibler, also vor allem niedriger sein und

die Arbeitszeit soll erhöht werden. Der Kündigungsschutz soll erst in Betrieben ab 20 Beschäftigten und erst nach einer Beschäftigungsdauer von 24 Monaten gelten. Dies bedeutet, dass er für die einen großen Teil der Beschäftigten nur noch auf dem Papier besteht. Die Sozialhilfe soll gesenkt werden und der Druck auf Arbeitslose, jede Stelle anzunehmen soll weiter verschärft werden. Hier fragt man sich, wie der Druck denn noch weiter verschärft werden soll, denn schon jetzt muss jede Arbeit angenommen werden, solange sie nicht verboten oder sittenwidrig ist. Dafür sollen Besserverdienende und Unternehmen steuerlich noch mehr entlastet werden. Ein weiterer Kernpunkt der Unionspolitik ist die Kopfpauschale in der Gesundheitspolitik. Auch diese bedeutet eine Umverteilung von unten nach oben.

Patriotismus ersetzt Solidarität

Mit dieser Politik ist bei der Mehrheit der Menschen, vor allem bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, wenig Begeisterung zu wecken, weil sie „nicht die Ängste vor Reformen lindert, sondern die noch vorhandenen Sicherheiten zerschlägt“ (Heribert Prantl). Diese Politik richtet sich klar gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen und bedient einseitig die Interessen weniger. Das merken die Menschen. Und natürlich weiß auch die Union, dass es mit solch einer Politik sehr schwer ist, Wahlen zu gewinnen. Gerade deshalb ist die Patriotismus-Debatte so wichtig. Denn mit dem Gerede von Patriotismus und Werten soll davon abgelenkt werden, dass die Union nicht in der Lage ist, die Probleme Deutschlands zu lösen und dass die Union Politik gegen die Menschen macht. Durch die Patriotismus- und Werteorientierung soll ausserdem ein ideologischer Kitt für den Zusammenhalt der Gesellschaft hergestellt werden. Denn die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Union führt dazu, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhalt auflöst und Egoismus und Ellenbogenmentalität zunehmen. Da es immer weniger Solidarität und soziale Sicherheit gibt, ist jeder gezwungen nur noch an sich zu denken. Dieser Verlust an Zusammenhalt soll durch gemeinsame Werte und durch Patriotismus aufgefangen werden. Dabei werden Patriotismus und Werte verknüpft, denn wenn Merkel und Stoiber von Werten reden, meinen sie nicht Solidarität oder Gerechtigkeit, sondern „abendländische Werte“ und die Liebe zu Deutschland.

Von Amerika lernen?

Die Frage ist nun, ob diese Wertedebatte auch in Deutschland so gut funktioniert wie in den USA. Dazu müssen wir uns die US-Wahlen etwas genauer ansehen. Durch Patriotismus- und Wertedebatten soll von den wirklichen Problemen abgelenkt werden und vor allem sollen die wahren Interessenlagen und Interessengegensätze verschleiert werden. Zwar wählte die Mehrheit der Unterschicht bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen noch demokratisch, doch viele Arbeiter stimmten für Bush. Ein gutes Beispiel ist West Virginia. Dieser Staat ist geprägt von Kohle- und Stahlindustrie und hielt den Demokraten fast bei jeder Wahl die Treue, doch 2004 gewann Bush mit 13% Vorsprung. Waren also „Abtreibung“ und „Schwulenrechte“ wichtiger als Armut und Arbeitslosigkeit? Haben die Stahlarbeiter in West Virginia also einfach das falsche Be-



wußtsein und lassen sich wie auf Knopfdruck von der republikanischen Propaganda manipulieren? So einfach ist es nicht. Denn die Treue der amerikanischen Arbeiterklasse zu den Demokraten stammt noch aus den Zeiten des New Deal, jener Zeit, als die Demokraten unter den Präsidenten Roosevelt, Truman und Johnson eine relativ sozialdemokratische Politik betrieben. Doch die Demokraten machen seit einiger Zeit eine andere Politik. Spätestens unter Clinton wurden die Demokraten zur Partei der New Economy und eines liberalen Lebensstils. Unter seiner Präsidentschaft wurden viele der spärlichen Sozialleistungen abgebaut, die Wirtschaftspolitik kümmerte sich um die Hochtechnologie und die Dienstleistungsbranche. Niemanden interessierten die Menschen, die in den alten Industrien arbeiteten und nun ihre Jobs verloren und gezwungen sind, zwei oder drei Jobs anzunehmen und bei Walmart Tüten zu packen. Daher glauben gerade die Unterschichten, dass die Demokraten sie im Stich gelassen haben, denn die Loyalität der Wähler bezog sich auf den New Deal und nicht auf den liberalen Lebensstil aus „Sex an the City“. Mit anderen Worten: Die Wähler in West Virginia (oder Ohio oder Missouri oder Iowa) haben gar nicht die Möglichkeit, zwischen „Werten“ und Interessen zu entscheiden, denn ihre Interessen werden weder von Republikanern noch Demokraten vertreten.

Damit ist auch die Frage beantwortet, ob die Strategie der CDU auch in Deutschland aufgeht. Entscheidend ist nicht, was die Union macht, sondern die SPD. Wenn die SPD Politik für die Interessen der Menschen macht, ist eine Ablenkung der CDU wenig erfolgreich. Doch auch die Politik von SPD und CDU wurden in den letzten Jahren immer ähnlicher. Die SPD zehrt noch von der Treue vieler Wählerinnen und Wähler wegen früherer Politik, wie die Demokraten lange noch von der Arbeiterklasse wegen ihrer Politik in den 50er und 60er Jahren gewählt wurden. Doch auch die SPD betreibt in vielen Bereichen Politik gegen ihre Wähler. Dies merken die Wähler, dies zeigt die massive Wahlenthaltung bei den letzten Wahlen. Zwar steht die SPD zur Zeit in den Umfragen wieder etwas besser da, doch dies liegt an der Schwäche der Union und nicht an der Politik der SPD. Wir haben also selbst in der Hand, ob die Patriotismusdebatte verfangt.





GRETCHEN

Es geschehen noch

Leichen und Wunder

In Chile hat die Ärztin Michelle Bachelet gute Chancen nach den Wahlen erste weibliche Präsidentin zu werden. Sie kandidiert für die Concertacion, ein Wahlbündnis aus Christdemokraten und Sozialisten. Sie gehört natürlich der Sozialistischen Partei an und will ihr Augenmerk vor allem auf die Überwindung der gravierenden Armut richten. „Die Aufgabe der nächsten Regierung wird es sein müssen, die Einkommen umzuverteilen“, sagt sie ganz klar.

Ihre Kandidatur ist nicht der einzige frauenpolitische Fortschritt, den Chile vorzuweisen hat: nach jahrzehntelangem Kampf wurde jetzt endlich die Ehescheidung legalisiert. Auch wenn es bisher schon juristische Tricks gab, zu entkommen, bedeutet die neue Gesetzgebung vor allem, dass jetzt der Unterhalt für die Kinder gesetzlich geregelt ist.



Simone Burger

München/Oberbayern

Studentin der
Politikwissenschaft

Funktion:
ECOSY-Bureau Member
Stellvertretende
Juso-Landesvorsitzende



Der Präsident der Republik Südafrika, Thabo Mbeki, hat angekündigt, dass der ANC für die nächsten Wahlen, die voraussichtlich im Jahr 2010 stattfinden, quotierte Wahllisten aufstellen wird. Nachdem der ANC derzeit 70% der Sitze im Parlament innehat und in den meisten der neun Provinzen alleine regiert, würde das einen erheblichen Fortschritt für die Integration von Südafrikas Frauen in die Politik bedeuten. Mbeki meinte auch, er als Mann habe damit schon deswegen keine Probleme, weil er 2010 ohnehin nicht mehr antreten könne – eine dritte Amtszeit ist laut Verfassung nicht zulässig.



Antje Trosien

Hersbruck/Mittelfranken

Sachbearbeiterin

Funktion:
Stellvertretende
Juso-Bundesvorsitzende



„In der Europäischen Union sind die Frauen nach wie vor nicht gleichberechtigt auf der politischen Bühne vertreten und daran wird sich wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren nicht viel ändern,“ schreibt Dr. Barbara Helfferich, Mitglied im Kabinett des EU-Sozial- und Gleichstellungskommissars, in einem Beitrag für „Frauen aktiv“ aus Stuttgart. Da es auf Ebene der EU nur „freiwillige Maßnahmen“ gäbe, fehlen bindende Vorschriften zur Verwirklichung der Geschlechterparität. Der Beitrag steht unter www.frauen-aktiv.de im Netz.

Die Bundesregierung steht mit ihrem Vorhaben, ein Anti-Diskriminierungsgesetz auf den Weg zu bringen, im Feuer. Während frauenpolitischen Aktivistinnen viele der Vorschläge, die momentan in der Diskussion sind, nicht weitreichend genug sind, kommt von der bürgerlichen wie liberalen Presse nur unsachliches Sperrfeuer. Am besten gefiel uns die FAZ. Hier heißt es: „Nie werden wir es erleben, dass Frauenquoten bei der Müllabfuhr durchgesetzt werden, bei Wehrpflicht oder Zivildienst oder Vietnamesenquoten bei Dönerbuden. Die Wahrheit ist, dass all die Gleichstellungsaktivisten nur so lange ihre Ideale hochhalten, wie es etwas zu gewinnen gibt.“



„Feminismus ist nicht sexy. Wenn er's wäre, hätten die Frauen wahrscheinlich vor ungefähr hundertfünfzig Jahren im Handstreich die Weltherrschaft übernommen.“

schrrieb Susan Vahabzadeh in der SZ vom 2.12.2004. Tja, und nun?

Wer für die Opfer der Flutwelle in Südasien spenden will, muss nicht zwangsläufig die traditionellen Hilfsorganisationen unterstützen. Medico international betreut und finanziert mehrere Projekte in Indien, die vor Ort vom People Health Movement koordiniert werden. Dabei geht es nicht nur um kurzfristige Hilfe, sondern auch um langfristige Entwicklungsmöglichkeiten.

Stichwort „Seebeben“, Spendenkonto bei der Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 1800.